

Fragen

für die Fragestunde der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. April 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	34, 35	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	13, 14	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	9, 10	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	31	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	3, 4
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	27, 28
Möhring, Cornelia (DIE LINKE.)	32, 33		
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	20, 21		
Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern und gegebenenfalls jeweils wann hat sich die Bundeskanzlerin persönlich seit Anfang Juni 2014 gegenüber dem französischen Staatspräsidenten und/oder Mitgliedern der französischen Regierung für eine möglichst rasche Abschaltung der grenznahen französischen Atomkraftwerke Cattenom und Fessenheim eingesetzt (bitte möglichst ausführlich darlegen)?

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Veränderungen, insbesondere Absenkungen, der Grenzwerte der zulässigen Jahreshöchstdosis für beruflich strahlenexponierte Personen von derzeit 20 Millisievert gab es, und aus welchen fachlichen Gründen erfolgten diese (bitte unter Angabe des jeweiligen Datums)?

3. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Wann ist es jeweils bei den von der Bundesregierung eingeräumten sechs Renegade-Vorfällen auch vor dem letzten Vorfall am 10. März 2017 (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 18/11957) zu Teilevakuierungen bei den Atomkraftwerken in Deutschland gekommen (bitte jeweils mit Datumsangabe auflisten), und trifft es zu, dass die Teilevakuierung der Beschäftigten in den Atomkraftwerken jeweils erfolgte, um die Zahl möglicher Innentäter in so einem Fall zu reduzieren?

4. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Wie viele Brennelemente sollen nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der bestehenden Verträge zwischen dem Betreiber des Atomkraftwerkes Tihange 2 und der Uranfabrik Advanced Nuclear Fuels GmbH in Lingen insgesamt für den Betrieb von Tihange 2 von AREVA Lingen geliefert werden, und wie viele dieser Brennelemente sind zum jetzigen Zeitpunkt bereits ausgeliefert worden?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchem Verfahren plant die Bundesregierung, eine adäquate Nachfolge des Direktors der Internationalen Filmfestspiele Berlin (Berlinale), Dieter Kosslick, zu besetzen, und wird diese Neubesetzung öffentlich nachvollziehbar gestaltet werden (öffentliche Ausschreibung, Findungskommission)?
6. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien soll die Nachfolge des Berlinale-Chefs Dieter Kosslick bestimmt werden, und wird erwogen bei der Neubesetzung der Berlinale-Leitung eine Trennung von Geschäftsführung und künstlerischer Leitung vorzunehmen, wie es bei anderen Festivals (zum Beispiel in Cannes, Venedig und Locarno) der Fall ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

7. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, wonach auf Grund von „fundamentalen Fehlern“ bei Bombenangriffen der US-Streitkräfte auf die syrische Ortschaft Al-Dschinnah Mitte März 2017 ca. 40 Menschen getötet wurden, unter denen sich keine Anhänger von terroristischen Gruppen befunden hätten, sondern zahlreiche Kinder während des Religionsunterrichts in einer Moschee (SPIEGEL ONLINE vom 18. April 2017), und wie will die Bundesregierung noch die Fortsetzung der Aufklärungsflüge der Bundeswehr über Syrien im Rahmen des US-geführten Militärbündnisses rechtfertigen, nachdem eingeräumt worden ist, dass aus der Luftaufklärung der Tornados wenige Tage vor dem Angriff Luftaufnahmen eben dieses Ortes Bilder u. a. auch der danach total zerstörten Moschee an das Oberkommando des Bündnisses geliefert worden waren?

8. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen tatsächlichen und welchen jeweils angegebenen Gründen ist bisher nach Kenntnis der Bundesregierung eine Resolution im UN-Sicherheitsrat mit dem Inhalt gescheitert, den Giftgasangriff auf die Ortschaft Chan Scheichun in Syrien im April 2017, dessen Urheber und die Verantwortlichen durch eine unabhängige Untersuchungskommission überprüfen zu lassen, wo doch alle fünf ständigen Mitglieder des UN-Gremiums und auch die Regierung Syriens öffentlich versichert haben, sie wünschen und fordern eine unabhängige Untersuchung, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen – vielleicht auch gemeinsam mit ihren EU-Partnern – und wird sie unternehmen, eine solche unabhängige Untersuchung auf Grundlage einer UN-Resolution zu ermöglichen, um eine weitere Eskalation in Syrien nach der Bombardierung mit US-Raketen in der Nähe von Damaskus zu verhindern?
9. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausdrücklich ausschließen, dass regimefeindliche bewaffnete Gruppierungen wie Fatah al-Scham (früher Al-Nusra-Front) über toxische Chemikalien verfügen, vor dem Hintergrund, dass unter anderem bereits 2013 darüber berichtet wurde, dass in der Türkei Sarin-Gasvorräte bei Mitgliedern der islamistischen Terrorgruppe Al-Nusra-Front gefunden wurden, die sich in der Türkei, in Mersin und Adana aufhielten (<http://odatv.com/obamanin-kirmizi-cizgisine-adana-yaklasti-mi-0909131200.html>), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, dass die syrische Führung bewusst in Kauf nehmen würde, dass ihr ein Chemiewaffeneinsatz schade, weil sie damit ihren Gegnern den Grund für Waffenlieferungen an die Rebellengruppen, die Einrichtung einer Flugverbotszone oder beispielsweise völkerrechtswidrige Angriffe durch das US-Militär liefert (www.n-tv.de/politik/UN-Rebellen-setzten-Giftgas-ein-article10595371.html)?
10. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Über welche konkreten (auch nachrichtendienstlichen) Beweise verfügt die Bundesregierung, dass die syrische Armee für den Giftgasangriff in Chan Scheichun verantwortlich ist?

11. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind nach der Einigung über die Arbeit deutscher Stiftungen in Ägypten auch die im Jahr 2013 verhafteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung weiterhin inhaftiert, und inwiefern hat sich die Bundesregierung im Rahmen des Besuchs der Bundeskanzlerin in Kairo auch für die Angeklagten des Falls 173 (www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/case-no-173-the-state-of-egypt-s-ngos) eingesetzt, die nicht für deutsche Stiftungen gearbeitet haben?
12. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundeskanzlerin während ihres Besuchs in Kairo die ägyptische Regierung von konkreten Verbesserungen für die Lage der ägyptischen Zivilgesellschaft überzeugen können, die nach den Worten der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel „für die gute Entwicklung eines Landes von großer Bedeutung sind“, und wie stellt sich die Bundesregierung eine produktive Arbeit deutscher Stiftungen im Land vor, wenn viele ihrer potenziellen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner wie beispielsweise im Fall 173 (www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/case-no-173-the-state-of-egypt-s-ngos) durch Verfolgung, Einfrierung finanzieller Mittel oder Reiseverbote an ihrer Arbeit gehindert werden?
13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es nach (auch nachrichtendienstlicher) Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die in Teilen vom libyschen Präsidentenrat (PC) unter Premierminister Fayeza al-Sarraj unterstützte Milizenallianz Benghazi Verteidigungsbrigaden (BDB) Verbindungen zu Al-Qaida hat und die BDB als faktischer Bündnispartner gegen General Khalifa Haftar vom PC nicht mehr als „terroristisch“ eingestuft wird, in der Hoffnung, dadurch Druck auf Khalifa Haftar auszuüben, der gegen die Muslimbrüder und mit ihnen verbündete islamistische Milizen vorgeht, was ihm die Unterstützung Ägyptens und Russlands einträgt (<https://www.heise.de/tp/features/Libyen-Russland-versucht-ein-alternatives-Projekt-3651431.html?seite=2>)?

14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, weshalb die sogenannte IPA-II-Verordnung (IPA: Instrument for Pre-Accession Assistance), in der die Vorbeitrittshilfen für den Zeitraum 2014 bis 2020 rechtlich verbindlich geregelt sind, anders als die frühere IPA-I-Verordnung, keine Suspendierungsklausel enthält, sondern lediglich die Möglichkeit vorsieht, bei entscheidenden politischen Veränderungen wie beispielsweise in der Türkei Zuweisungen anzupassen (Plenarprotokoll 18/227, Antwort zu Frage 14), und inwieweit unterstützt die Bundesregierung Forderungen nach einem Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und damit automatisch nach einer Einstellung der Vorbeitrittshilfen für die Türkei vor dem Hintergrund, dass nach dem „Ja“ beim Verfassungsreferendum nicht mehr von einer „De-facto-Diktatur“ gesprochen werden könne, sondern die Türkei nun auch eine „De-jure-Diktatur“ ist (www.n-tv.de/politik/Politiker-fordern-Ende-der-EU-Tuerkei-Gespraechе-article19796380.html)?
15. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist das konkrete Prozedere der Durchführung von Wahlen oder Referenden ausländischer Staaten in Deutschland, und wird die Bundesregierung die Durchführung eines möglichen Referendums zur Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland zulassen?
16. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzt sich die Bundesregierung zum Schutz von verfolgten Homosexuellen in Tschetschenien und verfolgten Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern, die über die Inhaftierungen und Folter von über 100 vermeintlich homosexuellen Männern berichten, ein, und durch welche Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in Tschetschenien und Russland wie das russische LGBT-Network, die verfolgte Homosexuelle in Tschetschenien unterstützen und laut Medienberichten Kontakt zu über 60 betroffenen Männern haben oder hatten (www.queer.de/detail.php?article_id=28673)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wären deutsche Regelungen, die den Regelungen des österreichischen Islamgesetzes entsprechen, nach Auffassung der Bundesregierung vereinbar mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes, insbesondere den Artikeln 3, 4, 7 und 140 (bitte nach den jeweiligen Regelungen aufschlüsseln), und plant die Bundesregierung ein Islamgesetz?
18. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge keine Auskunft darüber geben, wie viele der Flüchtlinge, die einen Flüchtlingsschutz und damit einen Anspruch auf Familiennachzug erhalten haben, tatsächlich bereits einen Antrag auf Familiennachzug gestellt oder bereits verwirklicht haben, und was unternimmt die Bundesregierung, um den familiennachzugsberechtigten Personen, besonders den unbegleiteten Minderjährigen, die Wahrnehmung dieses Rechts auch in der Praxis zu ermöglichen und sie darüber ausreichend in Kenntnis zu setzen (www.bild.de/politik/aktuelles/politik-inland/267-500-syrer-haben-anspruch-auf-familiennachzug-51157490.bild.html)?
19. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Mitteilung der EU-Kommission, dass Flüchtlingskinder besser geschützt werden müssen sowie aus dem neuen Umsetzungsbericht über die „Eins-zu-eins“-Neuansiedlung von Syrem aus der Türkei in der EU (www.handelsblatt.com/politik/international/eu-kommission-fluechtlingskinder-sollen-besser-geschuetzt-werden/19665168.html)?
20. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Was waren Inhalt und Ergebnisse der Treffen, die zwischen der deutschen Polizei und sudanesischen Polizeibehörden seit Oktober 2016 stattgefunden haben, und welche Vereinbarungen wurden im Rahmen dieser Treffen zum Transfer von Sicherheitstechnologie sowie von Equipment zur Produktion fälschungssicherer Identitätsnachweise getroffen (www.sudantribune.com/spip.php?article60551)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

21. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Bei welchen nationalen oder internationalen Kartellbehörden sind nach Informationen der Bundesregierung seit wann Kartellverfahren zur geplanten Übernahme von Monsanto durch die Bayer AG im Gange, und worauf genau bezog sich der von Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beim Arbeitskreis Welt-ernährung am 23. März 2017 in Berlin getätigte Hinweis, dass die Bundesregierung sich zu der geplanten Übernahme und deren möglichen Konsequenzen für die Welternährung nicht äußere, da aktuell Kartellverfahren dazu anhängig seien?
22. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann will die Bundesregierung die Auswertung der Berichte der Länder über die Stichprobenkontrollen von Energieausweisen abgeschlossen haben, und wie will die Bundesregierung – wie vom Staatssekretär Rainer Baake in seiner Antwort vom 18. April 2017 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/12021 angekündigt – die Konsequenzen daraus in das Gebäudeenergiegesetz einfließen lassen, obwohl es keine Einigung mehr über dieses Gesetz innerhalb der Koalition geben wird, wie u. a. aus einer dpa-Meldung vom 30. März 2017 mit entsprechenden Aussagen der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks hervorgeht?
23. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elektrofahrzeuge sind in Deutschland in Betrieb (bitte nach Bundesländern auflisten), und warum veröffentlicht die Bundesnetzagentur seit dem 18. April 2017 in ihrem Internetangebot eine Ladesäulenkarte, die nach meiner Kenntnis nur einen Bruchteil der vorhandenen Ladesäulen anzeigt, obwohl die Errichtung eines Großteils der nicht angezeigten Ladesäulen mit Mitteln des Bundes gefördert wurde?

24. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Genehmigung der Beihilfen für die belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel (siehe http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-662_de.htm), und was hat die Bundesregierung unternommen bzw. wird sie gegen die Genehmigung dieser und weiterer denkbarer Beihilfen für belgische Atomkraftwerke unternehmen?
25. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso wurde entgegen der Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (S. 93 f.) keine Änderung am Telekommunikationsgesetz vorgenommen, um ein barrierefreies Notrufsystem (zentrale Nummer für SMS-Notrufe oder Notruf-App) einzuführen, und wann ist mit der verbindlichen Vereinbarung aller Verantwortlichen zur Bearbeitung von Notrufverbindungen durch Echtzeitdienste zu rechnen, die in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 7 des Abgeordneten Hubert Hüppe auf Bundestagsdrucksache 18/8659 angekündigt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

26. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist es zu erklären, dass Zielvereinbarungen zwischen Werkstätten für behinderte Menschen und Kostenträgern existieren, die keine Konzepte zur angemessenen Beschäftigung von Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen enthalten (wie im Fall der Vereinbarung zwischen den rheinischen Werkstätten und dem Landschaftsverband Rheinland (vgl. Ausschussdrucksache 18(11)982)), und besteht aus Sicht der Bundesregierung hier Handlungsbedarf?
27. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Wohnungsverluste gab es nach Kenntnis der Bundesregierung deutschlandweit jeweils in den vergangenen fünf Jahren, und wie viele davon kamen durch Zwangsräumungen zu Stande?

28. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung diesbezüglich einen politischen Handlungsbedarf?
29. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass das Unterkapitel „Einfluss von Interessenvertretungen und Lobbyarbeit“ sowie Passagen über die Ergebnisse einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Studie, der zufolge politische Entscheidungen eindeutig den Interessen der Wohlhabenden folgen und die Wünsche der Armen regelmäßig nicht umgesetzt werden, aus dem 5. Armuts- und Reichtumsbericht gestrichen worden sind, und welche Konsequenzen plant die Bundesregierung aus den Ergebnissen dieser Studie zu ziehen?
30. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass es angesichts der im Armuts- und Reichtumsbericht festgestellten problematischen Daten- und Erkenntnislage im Bereich des privaten Reichtums schon aus diesem Grund sinnvoll wäre, eine Vermögensteuer einzuführen, die dazu beitragen könnte, harte steuerstatistische Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland zu generieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

31. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der EU-Missionen Triton und EUNAVFOR MED am Osterwochenende (14. bis 17. April 2017) im Mittelmeer erst dann an Bord genommen, nachdem diese von privaten Rettungsorganisationen gerettet worden waren (bitte dazu auch mitteilen, wie viele schiffbrüchige Personen direkt an Bord genommen wurden), wozu die Hilfsorganisationen schwere Vorwürfe unter anderem gegen die Grenzagentur Frontex erheben (https://twitter.com/MSF_Sea/status/854573272184311809), und welche Anstrengungen unternimmt die Europäische Union,

die Schiffe der genannten Missionen näher an libyschen Hoheitsgewässern operieren zu lassen, da dort nach meiner Kenntnis derzeit die meisten Notrufe zu verzeichnen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

32. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(DIE LINKE.)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus den Presseberichten über die Zustände in deutschen Kreißsälen, laut denen eine Hebamme „sogar acht Geburten parallel betreuen“ musste (www.bild.de/regional/duesseldorf/hebamme/hebamme-warnt-vor-kinderzeugen-an-ostenr-51299646.bild.html), und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der Warnung, Ostern die Zeugung eines Kindes besser zu vermeiden, da sonst eine Niederkunft um die Weihnachts- und Silvesterzeit riskiert wird, in der die „Besetzung in Kreißsaal und Wochenbett-Betreuung noch knapper als sonst“ ist (ebd.)?
33. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diesen Zuständen entgegenzuwirken und somit sichere Geburten in den Kreißsälen zu ermöglichen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, insbesondere in Reaktion auf die Feststellung der Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages „Zur Frage der Sicherstellung einer angemessenen personellen Ausstattung mit Hebammen in stationären Geburtshilfeeinrichtungen in ausgewählten Ländern“ (<https://www.bundestag.de/blob/498952/e6d987867d45ea04396edc12a38aa6d3/wd-9-079-16-pdf-data.pdf>), dass „[f]ast die Hälfte der Hebammen“ sich „um drei Frauen gleichzeitig während der Geburt“ kümmert (S. 6)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

34. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wurden die im Rahmen der Untersuchungskommission des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Abgasskandal erhobenen CO₂-Werte gemäß den Anforderungen des Neuen Europäischen Fahrzyklus (NEFZ) erhoben (Abweichungen von den NEFZ-Standards bitte aufführen), und wann sind die Nachmessungen an dort auffällig gewordenen Fahrzeugen abgeschlossen worden?
35. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wann wird der Endbericht mit den Ergebnissen dieser Nachmessungen veröffentlicht, und für welche der auffällig gewordenen Fahrzeuge mussten in diesem Kontext die Verbrauchs- bzw. CO₂-Werte für die Typenzulassung angepasst werden?

